

ANTRAG

der Fraktion der NPD

EU-Eskalationspolitik beenden - Keine Sanktionen gegen Russland!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

I. sich auf Bundesebene unverzüglich für eine Beendigung der EU-Eskalationspolitik in der Ukraine und gegen Russland u. a. mit folgenden Maßnahmen einzusetzen:

1. sofortige Aufhebung der bestehenden EU-Sanktionen gegen russische Staatsbürger, Institutionen und Unternehmen im Zusammenhang mit der „Krise in der Ukraine“;
2. Abwendung weiterer EU-Sanktionen, die gegen die Russische Föderation bzw. deren Vertreter gerichtet sind;
3. Aufnahme einer Vermittlerrolle durch die Bundesregierung mit der Maßgabe, einen kritischen, aber neutralen Dialog mit den russischen und ukrainischen Konfliktparteien zu führen.

II. sich auf Landesebene für folgende Handlungsweisen einzusetzen:

1. Bekenntnis zu den Wirtschaftspartnerschaften sowie anderen Formen der Zusammenarbeit zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Russischen Föderation;
2. Beibehaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Russischen Föderation, auch mit dem Ziel, einen stetigen Austausch sicherzustellen, um auch in Konfliktsituationen deeskalierend einwirken zu können.

Begründung:

Die Krise in der Ukraine wurde nicht unerheblich durch international agierende, sogenannte „Nichtregierungsorganisationen“ ausgelöst. Die bisherige Politik der Europäischen Union ist auf eine Eskalation ausgerichtet und führt daher nicht zu einer Befriedung der Situation in der Ukraine.

Deutschland muss sich endlich von der Eskalationspolitik der Europäischen Union lösen. Unserem Land und unserem Volk kann nicht an einer Konfrontation mit Russland und dem russischen Volk gelegen sein.

Aufgrund der umfangreichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland, und hier insbesondere auch Mecklenburg-Vorpommern, und der Russischen Föderation kommt hierbei dem Land Mecklenburg-Vorpommern eine tragende Rolle zu, um der Eskalationspolitik der EU zu begegnen.